

Unverkäufliche Leseprobe



Helmut Altrichter
Kleine Geschichte der Sowjetunion
1917 -1991

272 Seiten mit 32 Abbildungen, 16 Tabellen
und 5 Karten. Paperback
ISBN: 978-3-406-65215-8

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/12611419>

Einleitung

Mehr als zwei Jahrzehnte ist es her, daß die „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ zerfiel, der Warschauer Militärpakt und der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sich auflösten, Ost und West sich anschickten, wieder zu bloßen Himmelsrichtungen zu werden. Eine Epoche ging damit zu Ende: die Ära des Kalten Krieges, der Teilung der Welt. Gewiß, es war eine maßlose Übertreibung, wenn der stellvertretende Chef des Planungsstabes im amerikanischen Außenministerium (Francis Fukuyama) Anfang der 90er Jahre in der liberalen westlichen Demokratie den „Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit“ und in ihrem Sieg über den Kommunismus das „Ende der Geschichte“ schlechthin sehen wollte; entsprechend heftig war die Kritik. Doch daß das Faktum eine tiefe Zäsur, ein Jahrhundertereignis markierte, blieb davon unberührt.

Ende Dezember 1991 war Michail Gorbatschow als sowjetischer Staatspräsident zurückgetreten, nachdem zwei Wochen zuvor drei der wichtigsten Teilrepubliken (Rußland, Weißrußland und die Ukraine) den Staat für aufgelöst erklärt und eine neue „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS) gegründet hatten. In ihr gab es nicht mehr, was die Sowjetunion – in ihrem Selbstverständnis und dem ihrer Gegner – über Jahrzehnte ausgemacht hatte: Die kommunistische Partei hatte ihr Machtmonopol und ihren Führungsanspruch verloren; in weiten Teilen des Landes war ihr jegliche Aktivität verboten, ihr Vermögen beschlagnahmt und treuhänderischer Verwaltung unterstellt. Mit ihr hatte auch der Marxismus-Leninismus als Staatsideologie ausgedient. Vergessen war, daß der Übergang zur sozialistischen Planwirtschaft einst als Sieg über die „Anarchie des Marktes“ gefeiert worden war. Was Anarchie des Marktes ist, hatte man inzwischen am eigenen Leibe erfahren, und die Situation der Gesamtwirtschaft ließ sich nur als chaotisch bezeichnen. Vergleichbares galt für die Gesellschaft. Die ethnischen Gruppen und Nationalitäten, von denen noch Mitte der 80er Jahre gesagt worden war, daß sie ein einheitli-

ches Volk, „das Sowjetvolk“ bilden, lagen miteinander im Konflikt, und statt wie vorgesehen „brüderliche Freundschaft“ zu zeigen, herrschte mancherorts seit dem Ende der 80er Jahre der offene Bürgerkrieg. Was im Zeichen von Aufklärung und Umbau, „glasnost“ und „perestrojka“ begonnen worden war, hatte eine unbeherrschbare Eigendynamik entwickelt, endete in Chaos und Auflösung.

Längst war die Krise der Führungsmacht auch zur Krise des Sowjetimperiums geworden. Ihre Symptome waren seit Ende der 80er Jahre unübersehbar. In Ungarn hatte im Mai 1988 der kommunistische Parteichef Kádár seinen Rücktritt erklärt und damit den Weg für tiefgreifende Wirtschafts- und Verfassungsreformen freigemacht, die dem Sozialismus die Vorherrschaft und schließlich den Kommunisten die Macht kosteten. Bei einem Besuch in Moskau Anfang Juli 1988 hatte der ungarische Partei- und Regierungschef Grósz die Zusicherung erhalten, daß sich die Sowjetunion in die inneren Angelegenheiten Ungarns nicht einmischen werde und die sowjetischen Truppen abgezogen würden. In Polen hatten neue Streikwellen im Sommer 1988 zum ersten offiziellen Kontakt zwischen dem Innenminister und dem Führer der (seit 1981) verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ geführt. Im Januar 1989 billigte das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei ein Programm des gewerkschaftlichen und politischen Pluralismus. Bei den Parlamentswahlen im Juni 1989 erzielten die oppositionellen Bürgerkomitees der „Solidarität“ einen hohen Wahlsieg. Ende August 1989 wurde Tadeusz Mazowiecki mit überwältigender Mehrheit zum (seit mehr als 40 Jahren ersten) nicht-kommunistischen Regierungschef Polens gewählt. In Prag forderten Großdemonstrationen im November 1989 die Beendigung der kommunistischen Einparteiherrschaft, die Aufnahme eines echten Dialogs mit der Opposition und demokratische Reformen. Die sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwangen Staatspräsident Gustáv Husák, Leitfigur des Regimes seit dem Einmarsch der Warschauer Paktstaaten 1968, zum Rücktritt; Präsident der Bundesversammlung wurde Alexander Dubček, bis zum Einmarsch Parteichef und Symbol des „Prager Frühlings“, und Staatsoberhaupt der Schriftsteller Václav Havel, im Februar 1989 noch wegen „Rowdytums“ zu einer mehrmonatigen Haftstrafe verurteilt. In die gleiche Zeit und den gleichen Zusammenhang gehör-

ten der Sturz Todor Schiwkows in Bulgarien (am 10. November 1989), die Festnahme und Hinrichtung Nicolae Ceausescus (am 25. Dezember 1989) in Rumänien und die stürmischen Ereignisse in der DDR, die von Großdemonstrationen im Oktober über den Sturz Erich Honeckers als Staats- und Parteichef zur Öffnung der Berliner Mauer (am 9. November 1989) und zum raschen Ende des SED-Regimes führten. Die anschließenden Zwei-plus-Vier-Gespräche kamen im Herbst 1990 zu einem Abschluß und gaben dem vereinten Deutschland die volle Souveränität zurück.

Im November 1990 paraphierten die Verhandlungsführer der 16 NATO-Mitglieder und der 6 Staaten des Warschauer Vertrages in Wien den Vertrag über konventionelle Abrüstung in Europa, gleichzeitig war auch bei den parallel geführten Verhandlungen der KSZE-Staaten über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen eine Einigung erzielt worden. Sie ebnete den Weg für ein Gipfeltreffen, zu dem sich Ende des Monats die Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten in Paris versammelten. Sie verabschiedeten die „Charta von Paris“, in der sie „das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas“ für beendet erklärten. Für die meisten ihrer Mitglieder hatten Warschauer Pakt und RGW damit wohl endgültig ihre Bindekraft verloren, selbst wenn sie erst ein halbes Jahr später, im Sommer 1991, offiziell zu Grabe getragen wurden, wovon einleitend bereits die Rede war. Es war ein Begräbnis dritter Klasse: Zur Auflösung des RGW kamen nur noch Beauftragte der Regierungen, nicht (wie noch im Januar geplant) die Regierungschefs nach Budapest, und die Unterzeichnung des knappen Protokolls zur Beendigung des Warschauer Vertrages erfolgte Anfang Juli 1991 in Prag, nachdem in den Wochen zuvor die letzten sowjetischen Truppen die Tschechoslowakei und Ungarn bereits verlassen hatten.

Hatte die bolschewistische Revolution, hatten die Oktobertage des Jahres 1917, wie der amerikanische Journalist John Reed schrieb, „die Welt erschüttert“, so waren der Zerfall der Sowjetunion und die Auflösung des Sowjetimperiums kaum weniger welterschütternd. Wenn dies erst allmählich ins Bewußtsein drang, so wohl auch deshalb, weil diese erneute Revolution, zumindest im Zentrum der Macht, weitgehend friedlich verlief und auch die Staaten Osteuropas sich ohne den spektakulären Bruch, gleichsam auf samtenen Pfoten davonmachten. Hatte der Aufstieg der

Sowjetunion das 20. Jahrhundert – das „Zeitalter der Extreme“ (Eric Hobsbawm) – entscheidend mitgeprägt, so setzte ihm der Zerfall des Sowjetreiches gleichsam ein vorzeitiges Ende, folgte auf das „lange“ 19. Jahrhundert, das bis zum Ersten Weltkrieg reichte, das „kurze“ 20. Jahrhundert. Aus Krieg und Revolution geboren, wurde es Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre sang- und klanglos als „Jahrhundert abgewählt“, wie Timothy Garton Ash mit Blick auf die friedlichen Revolutionen Osteuropas schrieb.

Für den 1997 verstorbenen französischen Historiker François Furet war der Fall des Kommunismus zugleich das „Ende einer Illusion“, einer universellen Faszination, die weite Kreise von Intellektuellen, vor allem auch in West- und Südeuropa, in ihren Bann gezogen hatte. Es war der Fall einer Idee, die sich in den Köpfen länger hielt als in der Realität, im Westen länger als im Osten; denn „als politischer Mythos und als soziale Idee“, so sein Befund, „hat [der Kommunismus] sein Scheitern und seine Verbrechen lange überdauert, vor allem in jenen europäischen Ländern, die dem Druck dieser Herrschaftsform nicht unmittelbar ausgesetzt waren“. Sein Buch, eine Beschreibung dieses Phänomens und eine Abrechnung mit ihm, kletterte, als es Mitte der 90er Jahre erschien, in den französischen Bestsellerlisten rasch auf Platz 1. Noch weiter ging eine Gruppe von französischen Intellektuellen, auch sie meist ehemalige Linke, die in einem „Schwarzbuch des Kommunismus“ eine weltweite Bilanz dieser großen Illusion versuchten, kommunistische „Unterdrückung, Verbrechen und Terror“ beschrieben und sich dabei auch auf Quellenfunde und Untersuchungen stützen konnten, die die neue Öffnung der Archive erst möglich gemacht hatte. Bärge schon das Unternehmen selbst genügend politischen Zündstoff, so erst recht das Vorwort des Hauptherausgebers (Stéphane Courtois), der die Ergebnisse provokativ zusammenfaßte und die Opferzahlen über die Zeiten und Räume hinweg aufaddierte. Für ihn gehörten die Massenverbrechen kommunistischer Parteien und Regime von Anfang an zum System, geschahen im Namen einer Doktrin, deren rücksichtslose Durchsetzung Teil des Programms war; sie erfüllten alle Kriterien von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, wie sie für die Nürnberger Prozesse nach dem Zweiten Weltkrieg formuliert wurden; insofern sei der kommunistische „Klassengenozid“, die Vernichtung sozialer Gruppen um ihrer bloßen Exi-

stanz willen, dem nationalsozialistischen „Rassengenozid“ durchaus an die Seite zu stellen; in der Summe der weltweiten Opfer habe er ihn sogar noch übertroffen. Heftig diskutiert und in zahlreiche Sprachen übersetzt, stieg auch dieses Buch Ende der 90er Jahre rasch zum Bestseller auf.

Die Heftigkeit der Debatten ließ es bereits ahnen: Das Ende der Sowjetunion hat viele Aspekte, von ihren unmittelbaren außen- und innenpolitischen, wirtschaftlichen und ökologischen, mentalen, ideellen und kulturellen Folgen in ihrem ehemaligen Machtbereich ganz zu schweigen. Die Aufarbeitung dieser Vergangenheit wird uns noch lange beschäftigen, zumal die Befassung mit ihr durch die Öffnung der Archive, so zögerlich sie in manchen Bereichen noch immer (oder schon wieder) sein mag, auf eine neue Grundlage gestellt wurde. Das galt und gilt insbesondere für die dunklen Seiten des Regimes. Doch nicht nur hierzu sind in den letzten 20 Jahren eine ganze Reihe von Quellenbänden und quellen gesättigten Studien erschienen; sie warfen neue Schlaglichter auf die Revolution und den Bürgerkrieg, die forcierte Industrialisierung und die Zwangskollektivierung, die Entwicklung des stalinistischen Staates in den 30er Jahren, die Wellen des Terrors und der Deportationen, die sowjetische Gesellschaft der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit, der 50er und der 60er Jahre, die Entwicklung der sowjetischen Außenpolitik und der Komintern. Soweit sie erst nach Erscheinen unserer „Kleinen Geschichte der Sowjetunion“ herauskamen, wurde versucht, ihre Ergebnisse in die nachfolgenden Auflagen einzuarbeiten.

Sie alle bestätigten freilich auch einmal mehr, daß, wer nach den Ursachen, den Wurzeln des Zerfalls fragt, weit in die Zeit vor Gorbatschow zurückgehen muß. Er stößt dabei immer wieder auf vier ineinandergreifende Entwicklungsstränge. Sie betreffen die Ideologie und das politische System, das Nationalitätenproblem und den außenpolitischen Konkurrenzkampf und verweisen auf Kernprobleme der Gesamtentwicklung.

So bestand ein Grundproblem des Regimes von Anfang an darin, daß der Marxismus zwar zur *Staatsideologie* erklärt wurde, Rußland aber – die Urväter beim Wort genommen – 1917 gar nicht „reif“ für eine marxistische Revolution gewesen war. Da half auch leninistische Rabulistik nichts: Das Zarenreich war ein Agrarstaat, die Industriearbeiterschaft, auf die sich der neue Staat

vor allem stützen wollte, eine Minderheit, und die Zuversicht, die fortgeschritteneren Staaten des Westens würden dem russischen Beispiel folgen und die Verhältnisse „im Weltmaßstab“ wieder zurechtrücken, erwies sich als ein bloßer Wunschtraum. Im Lauf der 20er Jahre mußte man dies allmählich einsehen. Vor die Entscheidung gestellt, den Irrtum zuzugeben, die Errichtung eines sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems auf die lange Bank zu schieben oder die Voraussetzungen dafür in kürzester Frist nachzuholen, entschied man sich Ende des Jahrzehnts für den letztgenannten Weg: für eine forcierte Industrialisierung und die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. Es war eine Entscheidung gegen die eigene Bevölkerung, gegen den erklärten, zumindest erkennbaren Willen ihrer Mehrheit; sie trotzdem zu fällen, perpetuierte – auf unabsehbare Zeit – die Diktatur, von wem auch immer sie ausgeübt wurde: der bolschewistischen Einheitspartei, ihrem Zentralkomitee, ihrem Politbüro oder ihrem Ersten Sekretär.

Die ideologische Fixierung prägte auch das *politische System*. Die 1917 neben den Bolschewiki existierenden Parteiorganisationen und die berühmten Interessenvertretungen der Arbeiter und Soldaten, die „Räte“ (sovety), die sich im gleichen Jahr zu Hunderten gebildet und zu regionalen und überregionalen Organisationen zusammengeschlossen hatten, sie überlebten den Bürgerkrieg nicht. Die nichtbolschewistischen Parteien waren seit Anfang der 20er Jahre de jure verboten, und der zur gleichen Zeit begonnene „Wiederaufbau der Räte“ kam de facto einer Neugründung gleich: Sie wurden weisungsgebundene Verwaltungsbehörden ohne Einfluß auf die Richtlinien der Politik, hatten auszuführen, was die bolschewistische Partei beschloß. Doch die Entwicklung zur Staatspartei veränderte auch die Bolschewiki; das Bemühen, aus einer populistischen Sammlungsbewegung eine schlagkräftige Organisation zu machen, engte den Spielraum innerparteilicher Diskussion und Demokratie immer mehr ein. Seit die Entscheidung für die forcierte Industrialisierung und Zwangskollektivierung der Landwirtschaft gefallen war, hieß Partizipation auch für die Gremien der Partei nunmehr Akklamation und Umsetzung höhererorts getroffener Entscheidungen. Ein ins Gigantische wachsender Repressionsapparat half, die Politik innerstaatlich durchzusetzen, und nahm dabei die Parteimitglieder keineswegs aus.

Repression und Terror wurden zu Stützfeilern des politischen Systems. Das galt auch im Verhältnis zu den *Nationalitäten*. 1917 hatte Lenin noch gehofft, der proletarische Aufstand im Zentrum und der Aufstand der unterdrückten Nationalitäten an der Peripherie des zaristischen Vielvölkerstaates würden sich ergänzen und die russische Revolution zum Anfang vom Ende des Imperialismus wie des Weltkapitalismus werden. Doch die erhoffte Wechselwirkung blieb aus, ja der Austritt der Nationalitäten (der Finnen und der baltischen Völker, der Polen, der Weißrussen und der Ukrainer, der Völker des Kaukasus und der mittelasiatischen Gebiete) aus dem russischen Staatsverband schwächte Räterußland, statt es zu stärken. Deshalb versuchte die bolschewistische Staatsführung mit allen Mitteln, diese Entwicklung zu stoppen und rückgängig zu machen: durch Konzessionen, durch die Unterstützung prosovjeterischer Kräfte oder auch durch den Einmarsch der Roten Armee. Zwar erkannte sie das Recht der Nationalitäten auf Austritt „prinzipiell“ an, doch zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei ein Austritt „durch und durch konterrevolutionär“ und deshalb keinesfalls hinzunehmen. Tatsächlich gelang es, die meisten in den Staatsverband zurückzubringen und mit ihnen 1922/23 die „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ zu gründen; nur Polen, Finnland und die Baltischen Staaten behaupteten ihre Unabhängigkeit. Die Ende der 20er Jahre eingeleitete Politik sollte auch die nationale Frage endgültig lösen: Aus der Sowjetunion sollte ein einheitlicher Wirtschaftsraum, aus seiner Bevölkerung eine moderne Verkehrsgesellschaft, aus den über 100 Nationalitäten und ethnischen Gruppen ein Volk, das Sowjetvolk, werden, mit einer gemeinsamen Weltanschauung, einem einheitlichen Staats- und Geschichtsbewußtsein und mit Russisch als gemeinsamer Verkehrssprache. Wie rigoros die politische Führung dieses Ziel verfolgte, zeigen nicht zuletzt ihre Maßnahmen zur An- und Umsiedelung ganzer Völkerschaften in den 30er und 40er Jahren.

Daß sich dennoch so etwas wie ein Wir-Gefühl einstellte, hing zentral mit der Bedrohung von außen, dem deutschen Überfall zusammen. Daß sich der Gegner Ausrottung und Versklavung zum Ziel gesetzt hatte, ließ Volk und Führung zusammenrücken, machte den Zweiten Weltkrieg zum großen einigenden Kollektiv-erlebnis. Daß ihn die Sowjetunion überstand, in seinem Verlauf

Ostpolen und die baltischen Gebiete „zurückgewann“, ihren Einflußbereich im Westen bis an die Elbe vorschob und als zweite Weltmacht aus dem Ringen hervorging, schien der bisherigen Politik recht zu geben, die forcierte Industrialisierung und die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft eingeschlossen. Mit dem Erreichten schienen die Voraussetzungen geschaffen, um auf höherer Ebene – im weltpolitischen Rahmen – den *Konkurrenzkampf* mit dem kapitalistischen Westen erneut aufzunehmen und zu einem siegreichen Ende zu bringen. Noch Chruschtschow war getragen von dieser Zuversicht und noch Breschnew ohne einen Blick für die Gefahr, damit die eigenen Kräfte gewaltig zu überspannen.

Die skizzierten Entwicklungen von Partei und Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, Nationalitäten- und Außenpolitik bilden Eckpfeiler unserer Darstellung. Und doch wäre es falsch, eine Geschichte der Sowjetunion nur als Geschichte der Schwäche, der Krise und des Scheiterns zu schreiben. Damit wäre kaum zu erklären, warum sie immerhin mehr als zwei Generationen währte, Jahrzehnte wechselhafter Entwicklungen, im Innern und nach Außen; warum sie den Bürgerkrieg wie den Zweiten Weltkrieg überlebte; warum sie in ihrem Selbstverständnis wie in dem ihrer Gegner zur Weltmacht aufstieg, mit einem militärischen Potential, das der Westen noch vor wenigen Jahren als lebensbedrohend empfand; warum sie eine solche Faszination auch auf Intellektuelle außerhalb des eigenen Machtbereichs ausübte, wovon oben schon die Rede war. Wer die einzelnen Phasen ihrer Geschichte verstehen will, die Hoffnungen, die sie trugen, die Ängste, die sie auslösten, muß sie gesondert betrachten. Selbst wenn es ihm vielleicht widerstrebt, mit Altmeister Ranke anzunehmen, daß jede von ihnen „unmittelbar zu Gott“ gewesen sei: Daß jede historische Entwicklung nur in ihrer Zeit und aus ihrer Zeit wirklich zu begreifen ist, gilt auch hier. Wie die Geschichte nach 1991, nach dem Zerfall der Sowjetunion, im größten ihrer Nachfolgestaaten, in Rußland, weiterging, davon berichtet ein abschließender „Ausblick“. Er resümiert die wilden, ja chaotischen 90er Jahre (unter Jelzin) und die nachfolgende Entwicklung hin zu einer „gelenkten Demokratie“ (unter Putin und Medwedew).

I. Rußland vor der großen Wende

Das Russische Reich am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Wer auf eine Landkarte schaute, sah ein riesiges Staatsgebiet, das von der Ostsee bis zum Pazifik, vom Kaspischen bis zum Eismeer reichte. Erworben war es in einem die Jahrhunderte übergreifenden Prozeß. Er begann mit der Einigung des Zentralgebietes um Moskau im 14. und 15. Jahrhundert. Ihr folgte das Ausgreifen an den Unterlauf der Wolga und nach Westsibirien, in die Ukraine und nach Ostsibirien in den beiden Jahrhunderten darauf. Im 18. Jahrhundert stieß man in breiter Front nach Westen, an die Ostsee und an die Schwarzmeerküste vor. Und im 19. Jahrhundert kamen noch Finnland und Zentralpolen, das Transkaukasusgebiet und Mittelasien sowie in Fernost die Amurregion hinzu (vgl. Karte 1 im Anhang). Das so erworbene Territorium war zweieinhalb mal so groß wie das restliche Europa und fast dreimal so groß wie die USA.

Wer das Staatsgebiet in nordsüdlicher Richtung durchschritt, passierte gleich mehrere Klima- und Vegetationszonen (vgl. Karte 2). Die vegetationsarmen arktischen Tundren gingen allmählich in Nadelwald, die Taja über. In den Nadelwald mischten sich Laubhölzer und dominierten immer mehr, je weiter man in den wärmeren Süden vordrang. Dann hörte auch der Laubwaldbestand allmählich auf und machte einer Steppenzone Platz. Sie ging noch weiter südlich in Halbwüsten und Wüsten über. Schon wer von St. Petersburg in die alte Hauptstadt Moskau kam, weiter ins Zentrum der Ukraine, nach Kiew, fuhr und von dort nach Odessa am Schwarzen Meer, sah die Unterschiede: Der Nadelwald, der um St. Petersburg und vor allem nördlich davon dominierte, ging auf dem Weg nach Moskau in Mischwald über. Kiew lag bereits an der Grenze zwischen Laubwald und Steppe. Auf dieser Reise sah man zugleich, daß die Bedeutung der Landwirtschaft von Nord nach Süd immer mehr zunahm, die ursprüngliche Vegetation verdrängte, und daß sie auf den Steppengebieten zwischen Kiew und Odessa die günstigsten Voraussetzungen fand: Hier in der südli-

chen Ukraine, nördlich von Schwarzem Meer und Kaukasus, lagen die fruchtbaren Schwarzerdeböden, sie machten das Gebiet zur Kornkammer des Reiches. Einen vollständigen Eindruck von den riesigen Unterschieden gewann freilich nur, wer die Fahrt über das Schwarze Meer und den Kaukasus hinweg in die Halbwüsten und Wüsten Mittelasiens und in die dünnbesiedelten Regionen Sibiriens fortsetzte, sah, wie hier Klima und Vegetation zu einer nomadischen oder halbnomadischen Lebensweise zwangen oder eine dem Westen völlig fremde Oasenkultur hervorgebracht hatten.

Schon im europäischen Teil Rußlands waren die Unterschiede zwischen den Sprachen und Religionen – zwischen den Russen, Weißrussen, Ukrainern, Finnen, Esten, Letten, Litauern, Polen, Rumänen, Deutschen, Georgiern und Armeniern, zwischen russisch-orthodox, römisch-katholisch, protestantisch und jüdisch geprägten Regionen – groß. Wer jedoch von St. Petersburg aus über die Wolga hinweg, auf die Gebiete vor und jenseits des Ural, nach Sibirien und Mittelasien blickte, zu den Tschuwaschen, Tataren und Baschkiren, Kalmücker und Tschetschenen, Jakuten und Burjaten, Usbeken, Kasachen, Kirgisen und Tadschiken hatte den Eindruck, in andere Welten zu schauen, in Kulturen und Kulturstufen, die geprägt vom Islam, Buddhismus oder Naturreligionen türkisch, mongolisch oder persisch sprachen.

Das Staatsgebilde wurde zusammengehalten von Formen traditionaler Herrschaft, der Autokratie des Zaren. Sie stützte sich auf eine im 18. Jahrhundert geschaffene und im 19. Jahrhundert ausgebaut zentrale Verwaltung. Dazu war das gesamte Land in rd. 100 administrative Einheiten (Gouvernements, teilweise auch Gebiete genannt) aufgeteilt worden, die im europäischen Rußland jeweils einem Gouverneur, in den Randgebieten, zu mehreren zusammengefaßt, einem General-Gouverneur unterstanden. Daneben gab es Formen lokaler und regionaler, städtischer und ländlicher Selbstverwaltung, die – in ihren Zuständigkeiten beschränkt und in ihren Tätigkeiten überwacht – an den Fundamenten der zarischen Selbstherrschaft nicht rühren sollten. Sie taten es dennoch und der Zar war gewarnt: Schon einmal, 1905/06, während des erfolglosen und unpopulären Krieges gegen Japan, hatten sich Bürger, Arbeiter und Bauern gegen das absolutistische Regime erhoben.